

Fragen

**für die Fragestunde der 135. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 26. Oktober 2011**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Arnold, Rainer (SPD)	1, 2	Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	58
Dr. Bartels, Hans-Peter (SPD)	3, 4	Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	85
Barthel, Klaus (SPD)	73, 74	Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	83	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	29, 57
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28	Kaczmarek, Oliver (SPD)	43, 44
Bulmahn, Edelgard (SPD)	49, 50	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	86	Kelber, Ulrich (SPD)	35, 36
Burchardt, Ulla (SPD)	37, 38	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	8, 9
Crone, Petra (SPD)	97, 98	Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	77, 78
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	91	Klingbeil, Lars (SPD)	79, 80
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 92
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Gerdes, Michael (SPD)	39, 40	Kramme, Anette (SPD)	95, 96
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	55, 56	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 62
Hagedorn, Bettina (SPD)	71, 72	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	89, 90
Hagemann, Klaus (SPD)	45, 59	Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11	Marks, Caren (SPD)	16, 17
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	75, 76
Herzog, Gustav (SPD)	25, 26	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61
Hiller-Ohm, Gabriele (SPD)	65, 66		
Höger, Inge (DIE LINKE.)	7		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Özoğuz, Aydan (SPD)	18, 19	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	87, 88
Pflug, Johannes (SPD)	51, 52	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 84
Rix, Sönke (SPD)	63, 64	Thönnies, Franz (SPD)	69, 70
Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Wieczorek-Zeul, Heidemarie (SPD)	53, 54
Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	67, 68	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	93, 94
Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	46, 47	Zypries, Brigitte (SPD)	81, 82
Schwartz, Stefan (SPD)	12, 13		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	12
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	14
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	25

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter
Rainer Arnold
(SPD) Wie kann eine im Umfang und in der Ausrüstung deutlich reduzierte Bundeswehr das gleiche Fähigkeitsprofil und die damit verbundenen Aufgaben wie vor der Reform erfüllen?

2. Abgeordneter
Rainer Arnold
(SPD) Wie viele Soldaten und Zivilbeschäftigte der Bundeswehr sind durch die Reform der Bundeswehr von Versetzungen betroffen, und wie viele dieser Versetzungen sind durch Standortschließungen begründet?

3. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Bartels
(SPD) Mit welchen Kostensteigerungen rechnet die Bundesregierung bei dem Outsourcing von Aufgaben der Bundeswehr durch den geplanten weiteren Abbau des Zivilpersonals (Materialerhaltung, Sanitätswesen u. a.)?

4. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Bartels
(SPD) Für welche Bereiche der Streitkräfte hat vor den Reduzierungsbeschlüssen eine Abstimmung mit anderen (europäischen) NATO-Mitgliedern stattgefunden?

5. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie konnte es nach Erkenntnissen der Bundesregierung zum Diebstahl eines Maschinengewehrs auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr kommen (Bericht der Nordbayerischen Nachrichten vom 17. Oktober 2011: www.nordbayern.de/region/pegnitz/maschinengewehr-von-der-schiessbahn-geklaut-1.1588585), und wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz vor unbefugtem Zutritt Dritter auf den Truppenübungsplatz?

6. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwieweit sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund dieses Vorfalls die Sicherheit der Bevölkerung vor Ort beeinträchtigt, und welche Schritte sind unternommen worden bzw. werden unternommen, um diese wieder herzustellen?

7. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
Welche Rüstungsfirmen nahmen am Mittwoch, dem 19. Oktober 2011 an dem Gespräch zwischen dem Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, und führenden Unternehmern aus der Rüstungsbranche teil, und um welche Beschaffungsmaßnahmen ging es dort konkret?
8. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Art der Unterstützung von Rüstungsexporten wurde der Rüstungsindustrie durch den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, (FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND am 20. Oktober 2011) zugesagt?
9. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Daten sind bei dem laut Zeitungsberichten (DIE WELT am 11. Oktober 2011) am 21. Juli 2011 stattgefundenen Erprobungsflug des Eurohawk von Kalifornien nach Oberbayern gesammelt und gespeichert worden, und welche Rechtsgrundlage liegt dem zu Grunde?
10. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Inwieweit bestätigt die Bundesregierung, nachdem sie in ihren Schriftlichen Antworten vom 4. Juli 2011 bzw. 17. Oktober 2011 meine entsprechenden Fragen auf Bundestagsdrucksachen 17/6541 bzw. 17/7412 Unkenntnis behauptete, nun die – damals längst vorliegenden – Informationen ihres deutschen Bundeswehrkommandos im afghanischen ISAF-Regionalkommando Nord (RCN), wonach unter dortiger deutscher Kommandoverantwortung vom 28. Januar bis 29. April 2011 US-Spezialeinheiten bei 1410 verdeckten Operationen (davon 479 „capture or kill“ auch zwecks Tötung) 2169 Personen gefangen nahmen und 485 töteten, und welche entsprechenden Detailangaben macht die Bundesregierung über solche Einsätze dort seither sowie über die jeweilige Beteiligung deutscher Stellen v. a. der Bundeswehr daran (bitte aufschlüsseln nach Informations-Zulieferung, boden- bzw. luftgestützter Aufklärung, Durchführung, Auswertung sowie Nachbearbeitung dieser Einsätze)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

11. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für die Finanzierung des Kita-Ausbaus, vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Studie des Essener Bildungsforschers Klaus Klemm (vgl. stern.de vom 19. Oktober 2011), dass weiterhin über 270 000 Betreuungsplätze fehlen, um den ab 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für Kinder unter drei Jahren einzulösen?
12. Abgeordneter
**Stefan
Schwartz**
(SPD)
- Strebt die Bundesregierung die EU-Zielmarke „20 Prozent Männer als Erzieher“ bis 2015 an, und wenn ja, wie sieht der konkrete Zeitplan aus, um diese Zielmarke zu erreichen vor dem Hintergrund, dass die Anzahl der männlichen Erzieher zuletzt lediglich von 2,4 auf 2,7 Prozent gestiegen ist?
13. Abgeordneter
**Stefan
Schwartz**
(SPD)
- Wie sieht die Finanzplanung der Bundesregierung für die Umsetzung dieser Zielmarke aus, und sind über die ESF-Mittel hinaus weitere Maßnahmen und Investitionen der Bundesregierung geplant, um mehr Männer zu Erziehern ausbilden zu lassen?
14. Abgeordnete
**Monika
Lazar**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung in ihrer frauen- und geschlechterpolitischen Arbeit aus der Ankündigung der DAX-30-Unternehmen, freiwillige und individuelle Frauenquoten einzuführen, vor allem angesichts der unterschiedlichen Auffassungen der zuständigen Bundesministerinnen?
15. Abgeordnete
**Monika
Lazar**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung nach der Vorlage des Bundesgleichstellungsberichts eine Umsetzungsstrategie im Sinne der Lebenslaufperspektive entwickelt, die auf diese uneinheitlichen Regelungen reagieren kann?
16. Abgeordnete
**Caren
Marks**
(SPD)
- Wie wird der Begriff „Führungsposition“ in den jeweiligen DAX-30-Unternehmen definiert, die sich am 17. Oktober 2011 mit der Bundesregierung zur Erhöhung des Frauenanteils trafen, und unterscheiden sich diese bei den einzelnen Unternehmen (wenn ja, bitte Unterschiede darlegen)?

17. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD) Welche konkrete Zielvorgabe hat sich jedes einzelne der DAX-30-Unternehmen gegeben (bitte Auflistung der Unternehmen und Benennung der jeweiligen prozentualen Zielvorgabe), und wie bewertet die Bundesregierung diese Zielangaben?
18. Abgeordnete
Aydan Özoğuz
(SPD) Wie ist der aktuelle Sachstand des von der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 17/5868 (siehe Antwort zu Frage 12) genannten Projekts zur Untersuchung der Karriereverläufe bei jugendlichen Gewalttätern, und liegen bereits Ergebnisse vor?
19. Abgeordnete
Aydan Özoğuz
(SPD) Wie begründet die Bundesregierung, dass in dem genannten Projekt über Karriereverläufe jugendlicher Gewalttäter (siehe Antwort zu Frage 12 auf Bundestagsdrucksache 17/5868) „ausschließlich männliche Schwerststraftäter (...) und Täter mit Migrationshintergrund“ in den Fokus genommen werden sollen, und wie wird die Unterscheidung in der Zielgruppe des Projekts (männliche Schwerststraftäter auf der einen Seite und alle Täter mit Migrationshintergrund auf der anderen Seite) gerechtfertigt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

20. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie muss ein Bahnübergang gesichert werden, wenn aufgrund einer Baumaßnahme die Schranke an einem üblicherweise beschränkten Bahnübergang außer Betrieb genommen wird, und findet die Bundesregierung es ausreichend, wenn der Übergang nur von Posten mit Hilfe von Flatterbändern und einer Leuchte gesichert wird, die gerade in den Nachtstunden von Autofahrern leicht übersehen werden können, weil sie mit hellem rotem Blinklicht rechts und links der Straße rechnen, wenn ein Zug kommt, und sie über die Änderung der Regelung am Bahnübergang bei der Annäherung nicht rechtzeitig z. B. durch auffällige Hinweistafeln warnend hingewiesen werden?

21. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Sachstand bei der Änderung der Verordnung über die Interoperabilität des transeuropäischen Eisenbahnsystems (Transeuropäische-Eisenbahn-Interoperabilitätsverordnung – TEIV), und wann ist aus Sicht der Bundesregierung damit zu rechnen, dass das Zulassungsverfahren für Eisenbahnfahrzeuge standardisiert wird?
22. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Berechnungen zur Verkehrsentwicklung und welche Annahmen insbesondere für die Entwicklung der Fluggastzahlen des Flughafens Hahn liegen dem Kosten-Nutzen-Verhältnis von 1,8 zu Grunde, das für die Entscheidung für den Bau der B 50 neu zwischen dem Autobahnkreuz Wittlich (A 1/A 60) und Longkamp (B 50 alt) maßgeblich war?
23. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ab welchem Verkehrsbedarf geht das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung von einem volkswirtschaftlichen Nutzen aus?
24. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was versteht das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung unter einer solide ausgestatteten Städtebauförderung, so von dem Parlamentarischen Staatssekretär, Dr. Andreas Scheuer, beim Nationalen Stadtentwicklungskongress am 12. Oktober 2011 in Kassel geäußert?
25. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- Mit welchen durchschnittlichen Baukosten ist für einen Kilometer Autobahn in Deutschland im Vergleich zu Frankreich und den Niederlanden zu rechnen, und wie erklärt die Bundesregierung die Unterschiede (bitte tabellarisch untergliedert in Neubau, Ersatzneubau und Unterhaltung)?
26. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der gleichen Meinung wie der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion der FDP, Patrick Döring, der in „DIE ZEIT“ vom 28. Juli 2011 zum Thema Pkw-Maut und Straßenfinanzierung behauptete, „kein Land baue so teuer wie wir“, und sieht die Bundesregierung einen Zu-

sammenhang zwischen den höheren Kosten für den Ausbaustandard der Bundesautobahnen und der zulässigen Höchstgeschwindigkeit?

27. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung durch fortwährende Baumaßnahmen an der Elbe den Wassermangel beheben, und welche Folgen hätte die während der Konferenz der Elbanlieger-Handelskammern in Prag am 27. September 2011 in Aussicht gestellte Neuklassifizierung der Elbe?
28. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen und in welchem Zeitraum will die Bundesregierung die vom Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann auf einer Konferenz der Elbanlieger-Handelskammern in Prag am 27. September 2011 gemachte Aussage, die Elbe solle bis zur tschechischen Grenze eine Fahrrinne von 1,60 Meter Tiefe erhalten und an 345 Tagen im Jahr befahrbar sein, angesichts der Tatsache, dass wiederholt aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Aussage gemacht wurde, diese Wassertiefe könne nicht sichergestellt werden, in die Realität umsetzen, ohne dabei den nach dem Elbehochwasser 2002 von der Bundesregierung gefassten Beschluss, Ausbaumaßnahmen und alle ausbauähnlichen Unterhaltungsmaßnahmen einzustellen, zu konterkarieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

29. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Auf welche Art und Weise nehmen deutsche Behörden sowie sonstige deutsche Institutionen mit Sicherheitsexperten oder Nuklearexperten an der „Group ad hoc for nuclear safety“ teil, die eine Unterarbeitsgruppe der Ratsarbeitsgruppe Atomic Question Group (ATO) ist und „Stresstests“ von Atomanlagen hinsichtlich etwaiger Flugzeugabstürze, Cyberattacken und „terroristische/terroristischer bzw. böswillige/böswilliger Anschläge“ (Presseerklärung Kommission, IP/11/640, 25. Mai 2011) vorbereitet und durchführt, und Vertreter welcher Behörden und Nichtregierungsorganisationen bzw. Wissenschaftler sollen wie geplant (Europäische Kommission, MEMO/11/339, 25. Mai 2011) in „Public Seminars“ auf nationaler wie auf EU-Ebene eingeladen werden?

30. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welcher/welchen Bundesbehörde/Bundesbehörden liegen die beiden Dokumente vor, auf die sich die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/1386 bei der Beantwortung der Frage 4 gestützt hat (Protokoll des niedersächsischen Oberbergamtes vom 24. Juni 1997 zu dessen Besprechung mit Vertretern des Bundesministeriums für Bildung und Forschung am 11. März 1997 sowie das Fax zur Vereinbarung dieser Besprechung)?
31. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat sich der Abteilungsleiter RS im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Gerald Hennenhöfer, im Frühjahr/Sommer 2010 persönlich mit Bruno Thomauske im BMU zum Sachverhalt des damals bevorstehenden BMU-Auftrags für die vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben (VSG), getroffen (bitte mit Angabe des Datums), und war an diesem Treffen auch das für die VSG zuständige BMU-Referat beteiligt?
32. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Unternehmen profitieren aktuell von der besonderen Ausgleichsregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, und mit wie vielen begünstigten Unternehmen rechnet die Bundesregierung auf Grundlage des ab 2012 gültigen Erneuerbare-Energien-Gesetzes?
33. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung prüfen lassen, ob die Erweiterung des Kreises der Begünstigten im Rahmen der besonderen Ausgleichsregelung im Kontext der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes kompatibel zu dem europäischen Beihilferecht ist, und falls ja, ist die Bundesregierung bereit, die ihr vorliegende Expertise dem Parlament zur Verfügung zu stellen?
34. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Entwurf der aktuell von der Europäischen Kommission vorgelegten Treibstoffqualitätsrichtlinie, und begrüßt die Bundesregierung das hieraus resultierende faktische Importverbot für Erdöl und Erdölprodukte aus Teersanden und Ölschiefer?

35. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD) Wie viele Personen arbeiteten, aufgeschlüsselt nach den Standorten Bonn und Berlin, jeweils am 1. Januar 2008, 1. Januar 2009, 1. Januar 2010 und 1. Januar 2011 für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (Beamte, Angestellte, Arbeiter, befristet Beschäftigte, in das BMU Beurlaubte)?
36. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD) Wie vielen Vollzeitäquivalenten entsprechen die Zahlen (bitte gleiche Aufschlüsselung)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

37. Abgeordnete
**Ulla
Burchardt**
(SPD) Wie stellen sich die Mittelabflüsse im Programm „Chancengerechtigkeit für Frauen in Bildung und Forschung“ dar?
38. Abgeordnete
**Ulla
Burchardt**
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung diesen Mittelabfluss und sieht Ursachen hierfür?
39. Abgeordneter
**Michael
Gerdes**
(SPD) Welche Schlussfolgerungen zieht das Bundesministerium für Bildung und Forschung aus der Sondierungsstudie „Gezielte Eingriffe in das Klima?“, und welche weiteren Schritte plant die Bundesregierung beim Thema Geo-/Clima engineering?
40. Abgeordneter
**Michael
Gerdes**
(SPD) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes in der Rechtssache C-34/10 Oliver Brüstle gegen Greenpeace e. V. vom 18. Oktober 2011, und plant die Bundesregierung in Reaktion auf dieses Urteil eine Veränderung der Förderrichtlinien für Projekte mit embryonalen Stammzellen.

41. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind die Abbrecherquoten von Auszubildenden (bitte aufschlüsseln nach Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund, nach Geschlecht, nach Schulabschluss, nach Ausbildungsbereichen sowie nach alten und neuen Bundesländern), und welche Erkenntnisse zum Verbleib der Abbrecherinnen und Abbrecher von Berufsausbildungen liegen der Bundesregierung (bitte aufschlüsseln nach Abbruch in der Probezeit und späterem Zeitpunkt) vor?
42. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie haben sich die Anzahl und der Anteil der Jugendlichen ohne Berufsausbildung entwickelt (bitte aufschlüsseln nach Auszubildenden mit und ohne Migrationshintergrund, nach Geschlecht, nach Schulabschluss, nach Ausbildungsbereichen sowie nach alten und neuen Bundesländern), und welche Erkenntnisse zum Verbleib der Jugendlichen ohne Berufsausbildung liegen der Bundesregierung vor?
43. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD)
- Wie viele Graduiertenschulen existieren in Deutschland, und wie viele Personen sind an ihnen eingeschrieben?
44. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD)
- Wie viele Graduiertenkollegs existieren in Deutschland, und wie viele Personen sind an ihnen eingeschrieben?
45. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- Wie viele zusätzliche Personalstellen (möglichst nach Personalkategorien) konnten zum Wintersemester 2011/2012 an deutschen Hochschulen im Rahmen des Qualitätspakts Lehre im Hinblick auf den Mittelabfluss von lediglich 1,24 Mio. Euro (0,9 Prozent des Mittelansatzes) zum 30. September 2011 und der Ankündigung von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, in der 65. Sitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, „dass das Geld, das im (Haushalts-)Plan veranschlagt ist, in 2011 ausgegeben wird“, bewilligt, ausgeschrieben oder bereits besetzt werden, und welche Betreuungsrelation von Studierenden zu wissenschaftlichem Personal wird durch die neu geschaffenen bzw. in Planung befindlichen Personalstellen angestrebt?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

46. Abgeordnete
**Marianne
Schieder**
(Schwandorf)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich in den letzten zehn Jahren die Erwerbungssetats der Bibliotheken entwickelt haben, und falls ja, liegt der Bundesregierung eine Übersicht nach Bundesländern vor (bitte um Aufschlüsselung)?
47. Abgeordnete
**Marianne
Schieder**
(Schwandorf)
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Forderungen nach einer Ausweitung so genannter Nationallizenzen?
48. Abgeordneter
**Tom
Koenigs**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Auftritt der MDR Deutsches Fernsehballt GmbH, die zu 40 Prozent im Besitz des öffentlich-rechtlichen Senders MDR ist, bei der Geburtstagsfeier des Diktators Ramasan Kadyrow in Tschetschenien vor dem Hintergrund der außenpolitischen Symbolwirkung, die ein Auftritt einer Gesellschaft eines öffentlich-rechtlichen Senders auf Festveranstaltungen von mutmaßlichen Menschenrechtsverbrechern hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

49. Abgeordnete
**Edelgard
Bulmahn**
(SPD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Kritik an der unzureichenden statistischen Erfassung der Gewährung von Lizenzen zum Nachbau deutscher Waffen im Rüstungsexportbericht 2010 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung?
50. Abgeordnete
**Edelgard
Bulmahn**
(SPD)
- Wie viele Anträge bzw. Voranfragen lagen der Bundesregierung in den vergangenen zwölf Monaten zur Genehmigung von Lizenzen zum Nachbau deutscher Waffen vor, und wie wurden diese beschieden?

51. Abgeordneter
Johannes Pflug
(SPD) Wann wird die Bundesregierung endgültig entscheiden, ob sie den Export von Kampfpanzern des Typs „Leopard 2“ an Saudi-Arabien genehmigt, und befürwortet sie weiterhin diesen Export?
52. Abgeordneter
Johannes Pflug
(SPD) Welche Schritte hat die Bundesregierung bislang unternommen, den Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP der EU vom 8. Dezember 2008, betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern, in deutsches Recht umzusetzen?
53. Abgeordnete
Heidemarie Wieczorek-Zeul
(SPD) Hat die Bundesregierung bzw. das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie seit Beginn der arabischen Umbrüche – über die geplanten Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien hinaus – weitere Lieferungen an eines der Länder der Region beschlossen, oder gilt das Anfang des Jahres 2011 beschlossene Waffenembargo fort?
54. Abgeordnete
Heidemarie Wieczorek-Zeul
(SPD) Wie plant die Bundesregierung, dem zukünftigen Informationsdefizit im Rüstungsexportbericht zu begegnen, das mit der Umsetzung der EU-Verbringungsrichtlinie in deutsches Recht und den nicht mehr nach Empfängerländern und Warengruppen aufzuschlüsselnden Verbringungen innerhalb der EU einhergeht?
55. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD) Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für die Tätigkeit von Gästeführerinnen und Gästeführern in Deutschland, sollten im Zuge der geplanten Änderung der EU-Berufsanerkenntnisrichtlinie die Einführung eines Berufsausweises für Reiseleiterinnen und Reiseleiter sowie die Abschaffung der derzeitigen Nachweispflicht von zwei Berufsjahren erfolgen, und inwieweit steht die Bundesregierung dazu im Austausch mit dem Bundesverband der Gästeführer in Deutschland e. V.?
56. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD) Welche Bedeutung besitzt die Norm EN 13809 der Europäischen Normungsorganisation CEN in Bezug auf die Berufsankennung und Tätigkeit von Reiseleiterinnen und Reiseleitern sowie von Gästeführerinnen und Gästeführern in Deutschland und Europa?

57. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- An welche Länder haben nach Kenntnis der Bundesregierung die deutschen Firmen Siemens, EADS, rola Security Solutions, DigiTask, Utimaco, Elaman und Trovicor in den letzten drei Jahren Anwendungen zu „Deep package inspection“, „Monitoring Centres“ sowie „Remote forensic software“ an Regierungen außerhalb der Europäischen Union verkauft, und welche Position vertritt die Bundesregierung im weiteren Verfahren hinsichtlich des Beschlusses des Europäischen Parlaments vom 27. September 2011 zur strengeren Ausfuhrkontrolle, welcher explizit „Abfangtechniken und Vorrichtungen der digitalen Datenübertragung, mit denen Mobiltelefone und Textnachrichten überwacht und die Internet-Nutzung gezielt beobachtet werden können“ definiert und Exporte verhindern soll, wenn diese „im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Menschenrechte, die Grundsätze der Demokratie oder die Meinungsfreiheit“ verwendet werden können?
58. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch schätzt die Bundesnetzagentur die jährliche Entlastung der besonders stromintensiven Industrie durch die diesjährige Veränderung des § 19 Absatz 2 in der Stromnetzentgeltverordnung ein, und inwiefern wird der Entlastungsbeitrag aus dem Jahr 2011 den anderen Netznutzern auferlegt?
59. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- Wie viele der im Rahmen des Sondervermögens Energie- und Klimafonds von der Bundesregierung zugesagten zusätzlichen Fördermilliarde in 2012 und 2013 für Elektromobilität entfallen jeweils auf Umbuchungen aus dem bisherigen Finanzplan von Mitteln und Verpflichtungsermächtigungen (VE) in den Einzelplänen – unter Angabe der davon bereits belegten VE – sowie auf „fresh money“, und wie sieht für diese Fördermilliarde das Finanztableau nach Förderlinien – insbesondere in Bezug auf die im Zweiten Bericht der Nationalen Plattform Elektromobilität definierten F&E-Leuchttürme und Themencluster (Abbildung S. 18) und die im ersten Halbjahr 2012 vorgesehenen Ausschreibungen – im Einzelnen aus?
60. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesnetzagentur das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie bereits vor dem Urteil des Bundesgerichtshofs am 28. Juni 2011 darauf hingewiesen, dass ggf. eine gesetzliche Grundlage für den generellen sektoralen Produktivitätsfaktor

im Rahmen der Energiewirtschaftsgesetz-Novelle geschaffen werden sollte, und in welcher Form hat sie dies ggf. getan?

61. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Setzt sich die Bundesregierung in Brüssel dafür ein, dass das bestehende Effizienzziel in der EU-Effizienz-Richtlinie, also die Reduktion des EU-Primärenergieverbrauchs um 368 Mio. t Rohöleinheiten (RÖE) auf 1 474 Mio. t RÖE bis 2020, erhalten bleibt?
62. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Geht die Bundesregierung davon aus, dass nach Einleitung des EU-Strafverletzungsverfahrens am 18. Juli 2011 (s. Antwort der Bundesregierung vom 5. Oktober 2011 auf Bundestagsdrucksache 17/7279) von Seiten der Europäischen Kommission bezüglich der abgelaufenen Frist zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2009/31/EG zur geologischen Speicherung von Kohlendioxid, diese nun den Europäischen Gerichtshof anrufen wird, und falls ja, mit welchen Strafzahlungen (von und bis zu welcher Höhe) rechnet die Bundesregierung dabei vor dem Hintergrund der Mitteilung SEK(2011) 1024 der Europäischen Kommission, dass für Deutschland laut Berechnungsschlüssel ein Tagessatz von mindestens 13 464,10 Euro gilt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

63. Abgeordneter
Sönke Rix
(SPD)
- Was waren vor dem Hintergrund der letztjährigen Probleme bei der Finanzierung der dänischen und deutschen Minderheiten in Schleswig-Holstein und Sonderjylland die Gesprächsinhalte sowie Positionen der dänischen Regierung und Schlussfolgerungen der deutschen Bundesregierung nach dem Gespräch des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Christoph Bergner nach seinem Besuch in Kopenhagen am 10. August 2010, der in der Fragestunde am 7. Juli 2010 von der Staatsministerin Cornelia Pieper angekündigt wurde, und was waren die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe, die nach einer telefonischen Verständigung vom 29. Juni 2010 zwischen dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen und dem damaligen dänischen Regierungschef Lars Løkke Rasmussen, nach den Worten der Staatsministerin Cornelia Pieper in derselben Fragestunde, eingerich-

tet werden sollte, um die finanziellen Grundlagen der Minderheiten, auch der Minderheitsschulen, auf beiden Seiten der Grenze zu dokumentieren?

64. Abgeordneter
Sönke Rix
(SPD)
- Hat die Bundesregierung mit der Landesregierung Schleswig-Holstein Gespräche über diese Problematik geführt, und welche Vorstellungen sind dabei entwickelt worden, wie eine verlässliche Förderung des dänischen Schulvereins in Schleswig-Holstein in 2012 und den folgenden Jahren erreicht werden kann?
65. Abgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung angesichts ihrer Weigerung, auch für 2012 den dänischen Schulverein in Schleswig-Holstein mit 3,5 Mio. Euro zu fördern, den Bericht des Sachverständigenausschusses über die Anwendung der Regional- und Minderheitensprachencharta in Deutschland bezüglich des Aufrufes, sicherzustellen, dass durch die erfolgten Kürzungen der schleswig-holsteinischen Landesregierung nicht das Niveau der dänischsprachigen Bildung gefährdet werden darf?
66. Abgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung die minderheitenbegründete unterschiedliche Behandlung der Schulförderung durch den deutschen Staat vor dem Europarat rechtfertigen, gerade weil im Jahr 2011 der dänische Schulverein vom Bund gefördert wurde und dieses im Jahr 2012 nicht mehr beabsichtigt ist, obwohl sich durch den Doppelhaushalt 2011/2012 in Schleswig-Holstein an der Sachlage einer somit bestehenden Finanzierungslücke von 4,7 Mio. Euro nichts geändert hat?
67. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung angesichts ihrer bisherigen Haushaltsplanung für 2012, in der sie keine weitere Förderung des Schulvereins der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein vorsieht, den sie noch in diesem Jahr mit 3,5 Mio. Euro vor dem Hintergrund des Wegfalls der bisherigen Förderung durch das Bundesland Schleswig-Holstein unterstützt hat, sicherstellen, dass der Schulverein keine Deckungslücke in Höhe von 4,7 Mio. Euro mit den entsprechenden Folgen im kommenden Jahr hinnehmen muss?

68. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD) Sieht die Bundesregierung auch weiterhin in der unterschiedlichen Förderung deutscher und dänischer Schulen in Schleswig-Holstein keine Diskriminierung der dänischen Minderheit in Deutschland?
69. Abgeordneter
Franz Thönnnes
(SPD) Wird durch die Weigerung der Bundesregierung, die Förderung des dänischen Schulvereins in 2012 im gleichen Maß wie 2011 fortzusetzen, nicht das deutsche außenpolitische Interesse vernachlässigt, und werden dadurch nicht die deutsch-dänischen Beziehungen belastet, wenn der Bundesminister des Innern, Dr. Hans-Peter Friedrich, auch im Namen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in seinem Schreiben vom 23. September 2011 an den Präsidenten des schleswig-holsteinischen Landtages, Torsten Geerds, noch formulierte, dass die 2011 erfolgte zusätzliche Bereitstellung von 3,5 Mio. Euro für den dänischen Schulverein „ausschließlich dem außenpolitischen Interesse geschuldet“ war, „um die deutsch-dänischen Beziehungen nicht weiter zu belasten“?
70. Abgeordneter
Franz Thönnnes
(SPD) Hat das Thema Minderheitenförderung nach der Bundeshaushaltsaufstellung 2011 bei Kontakten zwischen Vertretern der deutschen und der dänischen Regierung oder bei dem Besuch von Staatsminister Dr. Werner Hoyer am 14. Oktober 2011 beim neuen dänischen Europaminister in Kopenhagen eine Rolle gespielt, und wenn ja, wie sieht die dänische Regierung diese Problematik, und hat man sich dort auf Initiativen oder Maßnahmen verständigt?
71. Abgeordnete
Bettina Hagedorn
(SPD) Wie begründet die Bundesregierung ihre für 2012 beabsichtigte Reduzierung der Förderung der deutschen Minderheit in Dänemark um 3,5 Mio. Euro, und wie ist die Position der deutschen Volksgruppe in Dänemark bzw. der dänischen Regierung hierzu?
72. Abgeordnete
Bettina Hagedorn
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung angesichts ihrer erneuten Kürzungen bei der Förderung der deutschen Minderheit in Dänemark und ihrer Weigerung der Fortführung der Förderung des dänischen Schulvereins in Schleswig-Holstein das Verhältnis der Unterstützung der Minderheiten beiderseits der Grenze durch die dänische Regierung, die Bundesregierung und die Landesregierung Schleswig-Holstein hinsichtlich des prozentualen dänischen und deutschen Anteils in den Jahren 2009, 2010, 2011

und in der Perspektive für 2012, und sieht die Bundesregierung dabei nicht eine Ungleichgewichtung und Fortsetzung der „schiefen Entwicklung bei den Zuschüssen für die Minderheiten“, wie sie die damalige dänische Außenministerin Lene Espersen befürchtete, die erneut zu einer weiteren Belastung des deutsch-dänischen Verhältnisses führen könnte?

73. Abgeordneter
Klaus Barthel
(SPD)
- Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über die laut aktuellen Presseberichten geplante Lieferung französischer Tarnkappen-Fregatten an Griechenland, und seit wann besitzt sie diese gegebenenfalls?
74. Abgeordneter
Klaus Barthel
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung ausschließen, dass deutsche Steuermittel direkt oder indirekt für die Lieferung französischer Tarnkappen-Fregatten an Griechenland mit aufkommen, und gibt es Bestrebungen seitens der Bundesregierung, auf europäischer Ebene gegen das angeblich geplante Geschäft vorzugehen?
75. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Vorschlag des Golf-Kooperationsrates zur Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone am Persischen Golf, und mit welchen Initiativen hat die Bundesregierung diesen Vorschlag im Rahmen der Europäischen Union ggf. unterstützt?
76. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Hat sich die Bundesregierung mit den europäischen Partnern über Rüstungslieferungsbegrenzungen in die Länder am Persischen Golf verständigt, und was sind die Ergebnisse?
77. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung gegen die Behauptungen des türkischen Regierungschefs Recep Tayyip Erdogan, deutsche Stiftungen würden mit einigen türkischen Kommunen gemeinsame Projekte realisieren, die zum Schluss der PKK zugutekommen, vorgehen, und wenn ja, wie?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

78. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Aktivitäten bzw. Projekte von türkischen Stiftungen und Institutionen in Deutschland sind der Bundesregierung bekannt?
79. Abgeordneter
Lars Klingbeil
(SPD)
- Welche Gespräche hat es seitens der Bundesregierung oder seitens der Ermittlungs- oder Strafverfolgungsbehörden des Bundes mit Skype und anderen VoIP-Anbietern zur Zusammenarbeit und der Ermöglichung der rechtmäßigen Telekommunikationsüberwachung gegeben, und zu welchem Ergebnis sind diese gekommen?
80. Abgeordneter
Lars Klingbeil
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung – vor dem Hintergrund, dass es in der Datenschutzerklärung von Skype wörtlich heißt, dass „Skype, der örtliche Skype-Partner oder der Betreiber bzw. Anbieter, der die Kommunikation ermöglicht, (...) personenbezogene Daten, Kommunikationsinhalte oder Verkehrsdaten Justiz-, Strafvollzugs- oder Regierungsbehörden zur Verfügung (stellt), die derartige Informationen rechtmäßig anfordern“ – die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder in der Fragestunde vom 19. Oktober 2011 (vgl. Plenarprotokoll 17/132, 15589 B), derzufolge die Bundesregierung dies geprüft und festgestellt habe, dass es keine Alternativen zur Quellen-TKÜ gebe, und wie begründet sie diese Feststellung?
81. Abgeordnete
Brigitte Zypries
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass – angesichts der Schwere des Grundrechtseingriffs bei der Quellen-TKÜ – alle denkbaren grundrechtsschonenden Alternativen geprüft werden müssen, und welche Initiativen hat die Bundesregierung in den zwei Jahren ihrer Amtszeit hierzu ergriffen?
82. Abgeordnete
Brigitte Zypries
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass es – Medienberichten zufolge – in anderen europäischen Ländern offensichtlich eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Strafverfolgungsbehörden und dem VoIP-Anbieter Skype gibt, und warum ist eine solche Zusammenarbeit mit den deutschen Sicherheitsbehörden nicht möglich?

83. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sehen die Leistungsbeschreibungen in den Verträgen von Bundesbehörden und Bundesministerien mit der DigiTask GmbH für die Beschaffung von Überwachungssoftware aus?
84. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Angaben macht die Bundesregierung hinsichtlich der Beschaffung von PC-Kommunikations-Überwachungssoftware („Trojaner“) durch Bundesbehörden seit 2000 jeweils zu Auftragsvergabe (Ausschreibung bzw. freihändig), Lieferantenunternehmen, Auftragssummen, Empfängerbehörden, und welche Anhaltspunkte hat die Bundesregierung möglicherweise, dass Lieferunternehmen den an der Beschaffung beteiligten Bundesbediensteten oder deren persönlichem Umfeld geldwerte Vorteile gewährten – ebenso wie der frühere Chef der für diese Software bis heute führenden DigiTask GmbH zwecks Ankaufs von deren Produkten jahrelang zuständigen Bediensteten des Zollkriminalamts gewährte, welchen deswegen das Landgericht Köln 2002 zu Freiheitsstrafe und hoher Geldbuße verurteilte (vgl. FOCUS Online vom 20. Oktober 2011)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

85. Abgeordnete
**Dr. Barbara
Höll**
(DIE LINKE.)
- Wann wird die Bundesregierung die konkreten Pläne zur Senkung der Einkommensteuer vorlegen, auch vor dem Hintergrund, dass die Änderungen des Verbraucherpreisindex für die Jahre 2010 bis 2012 erst in 2013 bekannt werden, und wie verteilt sich nach Schätzungen der Bundesregierung das in der Pressemitteilung des Bundesministeriums der Finanzen vom 20. Oktober 2011 genannte Volumen von 6 bis 7 Mrd. Euro als Aufkommen aus der kalten Progression auf die Jahre 2010 bis 2012?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

86. Abgeordnete
**Dr. Martina
Bunge**
(DIE LINKE.)
- Auf welchem Wege wird die Umsetzung der Urteile des Dritten Senats des Bundesarbeitsgerichts vom 11. Mai 1999 (3AZR 242/95) gewährleistet, demzufolge ein Anspruch auf Zusatzversorgung nach der sogenannten Abgabenordnung (AO) 54 für Beschäftigte wichtiger volkseigener Betriebe der DDR, der bis zum 31. Dezember 1991 entstanden ist, auch über diesen Zeitpunkt hinaus bestehen bleibt, es sei denn, die Betroffenen haben eine Abgeltungszahlung erhalten und eine zugehörige „verbindliche Erklärung“ zum Verzicht auf etwaige Zusatzrentenansprüche unterzeichnet, und wie können Betroffene, die weder eine Abgeltungszahlung erhalten noch eine „verbindliche Erklärung“ unterzeichnet haben, ihren Anspruch auf die Zusatzrente nach AO 54 realisieren oder heute auch noch die Einmalzahlung in Anspruch nehmen?
87. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
- Wie viele Gemeinsame Service-Stellen für Rehabilitation sind in Deutschland seit dem Jahr 2002 bundesweit in Umsetzung der Bestimmungen des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) von den Rehabilitationsträgern eingerichtet worden, und wie viele sind davon barrierefrei (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?
88. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Arbeit dieser Gemeinsamen Service-Stellen, und welche Planungen gibt es zur Erhöhung ihrer Wirksamkeit?
89. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welches Ziel verfolgt die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geplante wissenschaftliche Studie zur Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen im unteren Einkommensbereich, die im Jahr 2011 beginnt, über zwei Jahre andauert und rund 215 000 Euro kostet?
90. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchem Ergebnis kommt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bei der angekündigten Ermittlung (s. Bundestagsdrucksache 17/6272, Antwort zu Frage 20) des im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes zu erbringenden Eigenanteils aus dem Regelsatz an den Schülerbeförderungskosten?

91. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
- Wie prüft die Bundesregierung die Hinweise auf umfassenden und möglicherweise sittenwidrigen Einsatz Scheinselbständiger bei der Eismann Tiefkühl-Heimservice GmbH (vgl. Sendung des WDR „Die Eismann-Story“ vom 10. Oktober 2011), und sind durch die Bundesagentur für Arbeit Arbeitslose an diese Firma vermittelt worden?
92. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist eine Vergabe von Lebensmittel- und Ärztegutscheinen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz an Asylbewerber mit Artikel 3 des Grundgesetzes, Artikel 26 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Arbeitsagentur Leistungsbezieher von Arbeitslosengeld II, die nach dem Regelsatz bezahlt werden, bei Vertragsverstößen mit der Vergabe von Lebensmittelgutscheinen oder Sachleistungen sanktioniert, und in welchen Bundesländern werden nach Kenntnis der Bundesregierung Lebensmittel- und Ärztegutscheine an Asylbewerber ausgegeben?
93. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie viele so genannte Aufstocker, also Erwerbstätige mit und ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die zugleich Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch beziehen, gibt es derzeit im Bereich des öffentlichen Dienstes bzw. in den entsprechenden Wirtschaftsbereichen „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“, „Erziehung und Unterricht“, „Gesundheits- und Sozialwesen“, und wie hat sich deren Zahl seit dem Jahr 2007 verändert (bitte absolute Zahlen und Anteil an der Gesamtbeschäftigung der Wirtschaftsbereiche nennen)?
94. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung der Zahlen der Aufstocker (erwerbstätige SGB-II-Leistungsbezieher) im Bereich des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren?
95. Abgeordnete
Anette Kramme
(SPD)
- Inwieweit findet vor dem Hintergrund eigenständig organisierter JobCenter bei der Anpassung der Internen Services im Rahmen der geplanten Organisationsreform der Bundesagentur für Arbeit die Zahl der jeweils dazugehörigen JobCenter Berücksichtigung, und wie will die Bundesagentur für Arbeit sicherstellen, dass eine Einteilung der Internen Ser-

vices rein unter dem Aspekt der zu betreuenden Mitarbeiter nicht die Wahrnehmung der Aufgaben in den verschiedenen Trägerversammlungen beeinträchtigt?

96. Abgeordnete
Anette Kramme
(SPD)
- Wie will die Bundesagentur für Arbeit sicherstellen, dass die von ihr geplante Organisation der Leistungsgewährung im Rahmen von dezentral arbeitenden, aber zentral geführten Operativen Services auch in schwierigen wirtschaftlichen Situationen wie Kurzarbeit und Insolvenz für Betriebsräte und Arbeitgeber schnelle und kompetente Beratung gewährleistet und mit den verantwortlichen Entscheidungsträgern verbindliche Vereinbarungen ermöglicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

97. Abgeordnete
Petra Crone
(SPD)
- Geht die deutsche Forstwirtschaft nach Auffassung der Bundesregierung aus den Legislativvorschlägen der Europäischen Kommission zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 gestärkt hervor, und wenn ja, durch welche Maßnahmen?
98. Abgeordnete
Petra Crone
(SPD)
- Mit welchem Anteil am Gesamtbudget der Zahlungen aus der GAP kann der Forstsektor 2014 bis 2020 rechnen?

